

**Konstantin Kuhle**

- (A) Stattdessen hat die Bundeskanzlerin gestern hier an dieser Stelle ausgeführt, die Hausleitung des BMI habe erst Anfang 2018 davon erfahren, obwohl dieses Haus längst weiß, dass die ersten anonymen Hinweise bereits im Frühjahr 2016 eingingen.

(Beifall bei der FDP)

Die Bundeskanzlerin hat an dieser Stelle ebenso gesagt, man solle den Herrn Bundesinnenminister nicht nach weniger als 100 Tagen so schlecht bewerten und so unfair behandeln. Meine Damen und Herren, die CSU und die CDU führen seit über zwölf Jahren das Bundesinnenministerium, und sie sind offenbar nicht in der Lage, den Konflikt und die Unsicherheit im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu befrieden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der AfD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sehr verehrter Herr Bundesminister Seehofer, Sie haben hier beschrieben, dass es eine Überprüfung durch den Bundesrechnungshof geben soll. Diese Überprüfung ist seit Wochen angekündigt. Noch nach der Ankündigung dieser Überprüfung hat der ehemalige Chef des BAMF ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragt. Sie sind offensichtlich nicht in der Lage, das BAMF zu befrieden, sondern sorgen für mehr Unsicherheit und mehr Verunsicherung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BAMF. Das muss sich nach einer zwölfjährigen Amtszeit der CDU und der CSU an der Spitze des BMI deutlich ändern.

- (B) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich dem Kollegen Lischka für seine großartige Oppositionsrede von dieser Stelle aus danken.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP, der AfD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn er hat in bemerkenswerter Weise uns allen vor Augen geführt, wie groß der Konflikt und wie groß der Unterschied zwischen CDU/CSU auf der einen Seite und der SPD auf der anderen Seite bei der Einrichtung der AnKER-Zentren ist. Die Einrichtung der AnKER-Zentren ist eine gute Idee; aber es herrscht offenbar ein offener Konflikt zwischen dem Bundesinnenministerium und der Bundespolizei, zwischen der Bundesebene und den Ländern, zwischen Herrn Middelberg und Herrn Pistorius, sodass die Abspracheschwierigkeiten in der niedersächsischen Landeskoalition jetzt im Deutschen Bundestag gelöst werden sollen. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, Herr Dr. Middelberg.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir erleben, dass Herr Lischka hier offensichtlich die Unklarheiten aus dem Koalitionsvertrag im Plenum des Deutschen Bundestages klären möchte. Sorgen Sie dafür, dass hier Einigkeit besteht, und berufen Sie noch vor der Sommerpause mit den Kommunen, mit den Ländern einen nationalen Migrationsgipfel ein, um ein für alle Mal

zu klären, wie diese AnKER-Zentren organisiert werden sollen. (C)

(Beifall bei der FDP)

Laut Ihrem Gastbeitrag in der „FAZ“ ist Ihnen offenkundig nicht nur an Orientierung gelegen, sondern auch an Grenzziehung. So formuliert das Grundgesetz neben dem Auftrag, für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen – deswegen begrüßen wir ausdrücklich den schnellen Aufwuchs bei der Bundespolizei, den Mittelaufwuchs für die innere Sicherheit –, eben auch Grenzen für Handlungen des Staates. Diese Grenzen befinden sich in den Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger. Da gibt es etwas, das die Vertreterinnen und Vertreter von CDU und CSU niemals verstehen werden: Zu diesen Grundrechten gehören die informationelle Selbstbestimmung und auch die Privatsphäre.

(Beifall bei der FDP)

Das, was Sie in Bayern mit dem neuen Polizeiaufgabengesetz machen, hat bundespolitische Relevanz, weil zu befürchten ist, dass dieses Polizeiaufgabengesetz zum Musterbeispiel für ein Musterpolizeigesetz wird. Diese Arroganz, diese Überheblichkeit, mit der gegen Menschen Stimmung gemacht wird, die für ihre Bürgerrechte auf die Straße gehen, wird Ihnen noch auf die Füße fallen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist die wahre drohende Gefahr doch die absolute Mehrheit der CSU in Bayern. (D)

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es wird immer wieder gesagt: Ich habe doch nichts zu verbergen. – Wer nichts zu verbergen hat, der hat ein verdammt trauriges Leben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese offene Gesellschaft lebt auch davon, dass Menschen einen Ort des Rückzugs, einen Ort der Privatsphäre haben, an dem sie für sich alleine sein können. Das muss auch auf Bundesebene wieder stärker berücksichtigt werden.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Jetzt hat das Wort der Kollege André Hahn von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der erste Haushalt unter Minister Seehofer ist eine einzige Enttäuschung. Dort, wo dringend mehr getan werden müsste, wird nicht aufgestockt, sondern teilweise sogar noch gekürzt. Und dort, wo es in den letzten Jahren bereits

**Dr. André Hahn**

- (A) massive und teils heftig umstrittene Mittelserhöhungen gab – wie bei den Geheimdiensten –, soll noch mehr Geld hineingepumpt werden. Wir als Linke halten das eindeutig für den falschen Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer aber wissen will, welchen Kurs der neue Minister einschlagen will, der muss nur nach Bayern schauen, wo Horst Seehofer bis vor kurzem Ministerpräsident war. Dort wurde – es ist bereits mehrfach angesprochen worden – gerade ein neues Polizeigesetz beschlossen, das nahezu alles aushebelt, was bislang Grundkonsens in diesem Land war, und einschlägige Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts komplett ignoriert.

Heribert Prantl von der „Süddeutschen Zeitung“ hat das auf den Punkt gebracht – Zitat –:

Das neue Polizeiaufgabengesetz ist das schärfste, umfassendste, grundrechtesschendste Polizeigesetz der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte.

Eine imaginäre drohende Gefahr ohne konkreten Anfangsverdacht soll für die Polizei künftig ausreichen, um Grundrechte auszuhebeln, Telefone abzuhören, Post zu öffnen, Computer auszuspähen. Schlimmer noch: Menschen, die bislang gar nichts getan haben, können ohne jede richterliche Beteiligung für drei Monate quasi vorsorglich weggesperrt werden. Wo sind wir eigentlich hingekommen?

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Tobias Lindner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- (B) Wenn der Bayer Horst Seehofer jetzt ein Musterpolizeigesetz für ganz Deutschland ankündigt, dann kann jedem Demokraten nur angst und bange werden.

Wir brauchen auch nicht immer mehr zusätzliches Personal bei der Polizei und den Geheimdiensten, zumal Hunderte bereits bewilligte Stellen nach wie vor unbesetzt sind.

(Zuruf von der LINKEN: Richtig!)

Eine Stärkung des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik zum Schutz von Bürgern und Wirtschaft ist richtig; mehr Geld für den Verfassungsschutz brauchen wir jedoch ganz sicher nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Das gilt auch für die Pläne des Bundesnachrichtendienstes, für mehr als 500 Millionen Euro eigene Überwachungssatelliten ins Weltall zu schicken. Was für eine gigantische Geldverschwendung! Der wird Die Linke niemals zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei gäbe es andere Felder, wo die kleine GroKo Akzente setzen könnte. Wo aber sind die spürbaren Aufstockungen für die Integration von Geflüchteten in den Kommunen jenseits der Sprachkurse? Wo sind sie beim Katastrophenschutz, bei den Feuerwehren, beim Technischen Hilfswerk? Wo bleibt die deutliche Anhebung beim sozialen Wohnungsbau oder auch beim Sport? Nicht zuletzt hier hätte man Zeichen setzen können.

Was haben wir stattdessen? Die ohnehin umstrittene Spitzensportreform steht vor dem Aus. Die Frankfurter Erklärung des Deutschen Olympischen Sportbundes vom 9. Mai ist eine Ohrfeige für die Bundesregierung; denn eines dürfte doch wohl klar sein: Ohne finanzielle Unterlegung wird die angestrebte Leistungssportreform definitiv scheitern. Deshalb muss die Bundesregierung das schon für Anfang 2017 angekündigte Finanzkonzept endlich auf den Tisch legen. Dazu gehören klare Aussagen zur Verbesserung der Situation der Trainerinnen und Trainer ebenso wie die Absicherung der dualen Karriere für die Spitzensportler und auch ein eigenes Budget für eine wirklich unabhängige Athletenvertretung.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Andreas Mrosek [AfD] und Britta Katharina Dassler [FDP])

Und natürlich ist es höchste Zeit, die bisherigen Benachteiligungen des paralympischen Sports endlich zu beenden und die Mittel für den Behindertensportverband deutlich anzuheben. Das werden wir mit Sicherheit unterstützen.

Fazit: Wir als Linke setzen eindeutig andere Prioritäten als Union und SPD. Wir brauchen in unserem Land ganz sicher nicht mehr Geld für Geheimdienste, sogenannte AnKER-Zentren und polizeiliche Aufrüstung, sondern ausreichend Mittel für Bildung, Prävention und sozialen Ausgleich. Der vorliegende Etatentwurf leistet dazu leider keinen Beitrag.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Konstantin von Notz, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist irgendwie Bergfest an diesem Donnerstagmorgen in dieser Haushaltswoche, der erste relevante Aufschlag in der 19. Wahlperiode. Ich darf der Großen Koalition nach Scholz, Merkel und Seehofer mal sagen: Es ist ein sehr müder

(Dr. Stefan Ruppert [FDP]: Ja!)

und ein sehr träger und ein sehr uninspirierender Aufschlag, und er lässt einen doch etwas verzweifelt zurück. Man hat das Gefühl: Diese Große Koalition ist am Ende, bevor sie überhaupt richtig angefangen hat, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Herr Seehofer, Sie hätten super erste Monate haben können in diesem tollen neuen Amt, das Sie haben.